

LANDTAG IN KÜRZE

32 Kleine Anfragen

VADUZ – Fragen an die Regierung wurden gestern zu folgenden Themen gestellt:

Alois Beck (FBP)

- Projekt zur Vorbeugung der Kurzsichtigkeit

Josy Biedermann (FBP)

- Staatliche Gelder im Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit
- Bewilligung Wasserreservoir Maree (Vaduz)

Rudolf Lampert (FBP)

- TARMED-Einführung

Peter Lampert (FBP)

- Mountainbike-Routen-Beschilderung

Wendelin Lampert (FBP)

- Medikamentenpreise FL/Schweiz
- Taxipunktwerte/TARMED

Ivo Klein (VU)

- EM 2008 und Gefahrenpotenzial für Liechtenstein (Hooligans)

Heinz Vogt (VU)

- Kostenübernahme der LBA-Buslinie 11

Henrik Caduff (VU)

- Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs
- Bahnübergang Zollstrasse in Schaan
- Mitführungspflicht von Warnwesten
- Kommission «Regionale Verkehrsplanung»
- Verkehrsplanungsstufe beim Letzetunnel
- Bewerbung des Liechtenstein-ÖV-Takts
- Reorganisation des Briefmarkenwesens

Günther Kranz (VU)

- Ermässigung der Hundesteuer und Hundehaltungsgesetz
- Projekt einer neuen Informatik-Lösung bei der Steuerverwaltung

Doris Beck (VU)

- Stiftung Image Liechtenstein
- Kreisbau in Benders
- Linien-Konzept der LBA

Andrea Matt (FL)

- Luftbelastung Unterland (Feinstaub)
- Letzestrassentunnel und Umweltverträglichkeitsprüfung
- Erlaubte Höchstgeschwindigkeit auf der Ruggellstrasse bei Gamprin
- Funktion der Stv.-Regierungsrätinnen und -räte sowie die Häufigkeit deren Einsätze im Jahr 2004

Claudia Heeb-Fleck (FL)

- Situation von Praktikantinnen und Praktikanten in der Landwirtschaft
- Programm der Koalitionsregierung
- Parkplatzbewirtschaftung und Mobilitätsmanagement bei der Landesverwaltung

Pepo Frick (FL)

- Umfahrungsstrasse-Projekt in Schaan
- Zahlen zur Personalfuktuation bei der Landesverwaltung
- Studie «Sozialstaat Liechtenstein»
- Umsetzung des Mitwirkungsgesetzes

FINANZEN

Genehmigung Landesrechnung

VADUZ – Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2004 zuhanden des Landtags verabschiedet. Die Landesrechnung schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 11,7 Millionen Franken und in der Investitionsrechnung mit einem Finanzierungsfehlbetrag von 14,7 Millionen Franken ab. Des Weiteren hat die Regierung beantragt, den Aufwandüberschuss von 11,7 Millionen Franken aus den übrigen Eigenmitteln zu decken. Gemäss Landesverfassung erstattet die Regierung dem Landtag in der ersten Hälfte des folgenden Verwaltungsjahres Rechenschaft über die Verwendung der bewilligten Budget-, Nachtrags-, Verpflichtungs- und Ergänzungskredite für die Erfüllung der übertragenen Staatsaufgaben sowie über die erhobenen Einnahmen. Auf diese Weise wird dem Landtag – auch in finanzieller Hinsicht – eine umfassende Kontrolle über die Aktivitäten der Exekutive ermöglicht. (paf)

Der «Hund» liegt im Detail

Mediengesetz zum zweiten Mal in erster Lesung behandelt

VADUZ – Im Grundsatz ist sich der Landtag zwar einig, dass es sowohl ein verbindliches Presserecht, wie auch eine funktionierende und systematische Medienförderung braucht. Wie so oft in der Politik, lag der Hund im Detail begraben, Einzelinteressen standen über dem Grundsatz.

• Peter Kinde

Obwohl die Regierung eine überarbeitete Fassung des Mediengesetzes zur zweiten Lesung vorlegte, befasste sich der Landtag gestern nicht mit der Verabschiedung des Gesetzes, sondern mit einer zweiten ersten Lesung. Grund dafür war ein Antrag der VU-Fraktionssprecherin Doris Beck, die sich aufgrund der Vielzahl von neuen Abgeordneten im Landtag darauf hinwies, dass die Materie grundsätzlich neu zu betrachten sei. Dies wurde sodann einhellig befürwortet.

Und es zeigte sich im Laufe der Debatte, dass sich die Ansichten des ehemaligen Landtages und der jetzigen Volksvertretung inhaltlich kaum unterscheiden. Auch der «neue» Landtag diskutierte praktisch ausschliesslich um die Medienförderung, nur am Rande aber über das eigentliche Presserecht.

Keine Kommission

Lange wurde sodann am späteren Abend noch darüber diskutiert, ob nun eine Landtagskommission die Ausarbeitung einer neuen Gesetzesvorlage übernehmen soll. Erst war es VU-Fraktionssprecherin Doris Beck, die dies wollte, dann, als sie nicht mehr wollte, war es die FL-Abgeordnete Andrea Matt, die einer Kommission hohe Erfolgschancen einräumte. Doch auch die Freie Liste-Abgeordnete zog nach langwierigen Diskussionen ihren Antrag zurück. Alois Beck (FBP) war es, der eine Lösung für das Problem bereit hatte: Er hielt fest, dass die Regierung die Gesetzesvorlage in zwei Gesetze teilen könnte: Ein Gesetz widmet sich dem Medienrecht, das andere der Medienförderung. Somit könne man das Medienförderungsgesetz, falls es zu einem späteren Zeit-



Johannes Kaiser (FBP) zeigte auf, dass das jetzt noch geltende Mediengesetz mit zahlreichen Mängeln behaftet ist. Die neue Vorlage beseitige vor allem das «Giesskannenprinzip» bei der Förderung.

punkt noch immer nicht konsens- und mehrheitsfähig ist, immer noch in eine Kommission schicken.

Es war auch während der Debatte nicht um die Systemfrage selbst gegangen, «sondern um die isolierte und vereinsamte Fragestellung, ob das fl-info gemäss dem Entwurf künftig Medienförderung erhalten soll oder nicht», wie Johannes Kaiser treffend feststellte.

Neuerung des Medienförderungsrechts nötig

Johannes Kaiser zeigte auf, dass «das jetzige Medienförderungssystem in seiner Gesamtheit mangelhaft, intransparent und ineffizient ist. Die gesteckten Ziele und Anforderungen wurden nicht erfüllt». Der FBP-Abgeordnete führte weiter ins Feld, dass insbesondere der Willkür bei der Vergabe Einhalt geboten werden solle. Aus diesem Grund erachte er den Gesetzesentwurf als gelungen: Die Vorlage zeige die zentralen Punkte klar auf; so werde dem Gebot nachgelebt, die Meinungsvielfalt zu erhalten und die Verbreitung von meinungsbildenden Medien in Liechtenstein zu

unterstützen. «Das Interesse des Staates lässt sich mit der Information der Bevölkerung über Liechtenstein bezogene Themen und Ereignisse sowie der zum demokratischen Wettstreit der besseren Ideen notwendigen publizierten Meinungsvielfalt begründen», so Kaiser. Es sei richtig, dass man bezüglich Medienförderung einen international anerkannten Ansatz gewählt habe, um «das Giesskannenprinzip zu verabschieden».

Dem Wunsch des Landtags gerecht geworden

Während in der ersten Gesetzesvorlage noch das so genannte «Daily-Weekly-Modell» bezüglich Anforderung der Erscheinung von Medien für die Förderungsberechtigung angeführt wurde, hat nun die Regierung die Anregungen aus dem Landtag entgegengenommen. Abweichend vom internationalen Umfeld sei eine «Aufweichung in Betracht gezogen worden», so Johannes Kaiser. «Was nun vorliegt, ist eine Kompromisslösung, indem statt des Daily-Weekly-Modells, eine monatliche Mindestperiodizität

vorgeschlagen wird.» Kaiser nannte dies einen «eher grosszügigen Kompromissvorschlag». Und genau dieser Vorschlag führte zu (erneuten) grossen Diskussionen: Die Förderung komme dem Anspruch auf Qualität nicht nach, und die Medienvielfalt werde aufgehoben, so die Voten weniger Abgeordneter.

Freie Liste will «Lax fl-info»

Die Abgeordneten der Freien Liste zeigten sich vom neuen Mediengesetz nicht angetan. Obwohl sie am neuen System keine Kritik fanden, versuchten sie, bei den Parlamentskollegen beliebt zu machen, dass das Freie-Liste-Partei-Blättchen «fl-info», das vier Mal pro Jahr unentgeltlich an alle Haushalte versandt wird, bei der Medienförderung berücksichtigt bleibt. «Das ist für das Überleben existenziell nötig», so Claudia Heeb-Fleck. Das Freie-Liste-Blättchen leiste einen wesentlichen Beitrag in punkto Meinungsvielfalt, «egal, was man von den Inhalten hält», so Heeb-Fleck.

Pepo Frick wurde noch deutlicher, als er die Einzelinteressen des weissen Parteiblattes in den Vordergrund stellte: «Ein gutes System interessiert mich nicht, wenn das fl-info eingeht.» Die vier Mal jährlich erscheinende Schrift finanziere sich über diese Medienförderung und über Sponsoren. Der FBP-Abgeordnete Rudolf Lampert regte daraufhin an, dass man sich doch überlegen könnte, die Zeitung nicht mehr unentgeltlich zu verteilen, sondern Abos zu verkaufen ...



Claudia Heeb-Fleck (FLs), lag wenig am Mediengesetz selbst, sondern mehr am Überleben des Partei-Blättchens «fl-info». VU-Fraktionssprecherin Doris Beck wollte das Gesetz erst in eine Kommission zur Beratung geben.

ANZEIGE

HEUTE KANN MEINE FAMILIE VOM VERKAUF DER MANGOS LEBEN.

Weltladentag 21. Mai 2005

Welt- und Naturlada
Landstrasse 91
9494 Schaan

clara

Tel. +423 232 36 77